

Das Deutschlandticket wird neun Euro teurer

Die Verkehrsministerkonferenz der Länder hat heute eine Preiserhöhung für das Deutschlandticket beschlossen. Es soll statt 49 Euro ab kommendem Jahr 58 Euro kosten. Die Monatsfahrkarte für den öffentlichen Personenverkehr in Bussen und Bahnen des Regionalverkehrs war im März vergangenen Jahres eingeführt worden. Schon früh war eine Debatte zwischen Bund und Ländern über die langfristige Finanzierung entbrannt. Aktuell teilen sie sich je zur Hälfte einen Zuschuss von insgesamt drei Milliarden Euro.

Angesichts der Entscheidung hat sich Martin Burkert, Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), noch einmal für eine bundesweite Lösung von reduzierten Preisen für Kinder, Schüler, Studenten und Auszubildende sowie Senioren ausgesprochen. Einige Bundesländer, etwa Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern, seien hier bereits mit gutem Beispiel vorangegangen.

Der Fahrgastverband Pro Bahn hält die Erhöhung für gerade noch akzeptabel. Bundesvorsitzender Detlef Neuß warnte gegenüber Web.de News aber vor einer weiteren Verteuerung. „59 Euro wären unsere Schmerzgrenze gewesen.“ Er betonte, dass eine Preiserhöhung mit einer „Sechs an vorderer Stelle“ zu vermehrten Kündigungen führen könnte. Neuß bedauerte, dass die Finanzierung des Tickets über 2025 hinaus unsicher bleibe. Das erschwere es Unternehmen, das Jobticket flächendeckend einzuführen, da viele befürchten, das Angebot könne bald wieder verschwinden. (aum)

Bilder zum Artikel



Regionalbahn.

Foto: Autoren-Union Mobilität/DB/Dominic Dupont
